

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich zweimal, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: 5 Pfennige. 1 Mrkt. 50 Pf. ohne Beilage. Bei
ausgezeichnetem Volksblatt ist Bezugspreis 10 Pf.
Abonnement-Sprechen: 11—1 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Auflage: mehrere bis fünfzehn Tausende über deren Raum in
15 Pf. berechnet, bei 500000 beobachtetem Absatz.
Bundesdruckerei, Redaktion und Verkaufsstelle: Dresden,
Dresdner Straße 43. Zeitungsdruck und 1 Mrkt. 1500.

Aus dem sozialdemokratischen „Jungbrunnen“.

Das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts in Sachen Heine, Göhre und Bernhard hat die Wässer des Dresdner Jungbrunnens, die sich allmählich zu glätten schienen, von neuem aufgerührt. Der Bruderkrieg innerhalb der sozialdemokratischen Partei, der in letzter Linie nichts anderes als einen Entscheidungskampf zwischen Revisionisten und Radikalen bedeutet, nimmt innerhalb der sozialdemokratischen Presse lustig seinen Fortgang. Eine Flut von Beleidigungen und von Verdächtigungen wird in der Presse hin und her gewälzt, und es ist nicht abzusehen, wann der ganze Streit sein Ende nehmen soll.

Wie berechtigt die Auffassung ist, daß es sich beim Bruderkrieg zwischen Heine, Göhre und ihrem Anhang und Mehring, Bebel und deren Genossen andererseits in letzter Linie darum handelt, wer Herr im sozialdemokratischen Bau sein soll, ob die Revisionisten oder die Radikalen, bestätigt ein Artikel, den Genosse Parvus in der sozialdemokratischen Presse soeben veröffentlicht (vgl. „Dortmunder Arbeiter-Ztg.“ Nr. 132). Den Hauptgrund für das „Unterstützung“ sieht Parvus nicht etwa in theoretischem „Literatengesetz“, sondern in der „Röderung des prinzipiellen Zusammenhalts der Partei“, die zahllose Polemiken erzeugt, die schließlich in persönliches Gezänke ausarten.

Die prinzipielle Einigung, das heißt die Solidarität der Ansichten über die Ziele und Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes, über das, was wir erreichen wollen und die Richtung, die wir zu verfolgen haben, gibt Klarheit der Auffassung, gibt Selbstvertrauen und Vertrauen zu denen, die mit uns den gemeinsamen Kampf führen. Verliert man aber die prinzipielle Klarheit, so verliert man die Sicherheit des Urteils. Und ist man selbst unsicher in seinem Denken, so begegnet man mit Misstrauen jedem unterschiedenen zuverlässlichen Urteil.“

Dieses Schwanken der Begriffe innerhalb der Sozialdemokratie führt zur Desorganisation (Gerrüttung, Auflösung) der Partei. Parvus hat mit diesen Auslassungen unzweckhaft recht. Die Klug, die in den letzten Jahren sich zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen innerhalb der Sozialdemokratie aufgetan hat, ist mittlerweile zu tief geworden, als daß sich noch Brüder zur Verbindung über dieselbe schlagen ließen. Es stehen sich hier zwei prinzipielle Auffassungen gegenüber, von denen die der ersten den Vorwurf wissenschaftlicher Wahrscheinlichkeit für sich hat, während die andere von der eigenen Wissenschaft als durch die tatsächliche Entwicklung unrichtig erwiesen worden ist. Die lebhafte Auffassung ist diejenige der „Alten“, der Bebel, Mehring, Rauchy usw. Die Klarheit, mit der beide Parteien an ihren Meinungen festhalten, mit der sie sich gegenseitig zu verdrängen suchen, ist es, welche sich zuletzt in Ausdrücken der persönlichen Leidenschaften Lust macht. Diese Ausdrücke der Grobheit sind nicht etwa solche, die sich vielleicht durch wohlgemeinten Eifer für ein gemeinsames hohes Ziel entzündigen lassen. Es sind nach Parvus Grobheiten, „hinter denen die läble Verbindung des Hasses lauert, und verlebte Eitelkeit, kleinliche Nachdrück, Rauhheit und Intrigue den vergifteten Dolch führen . . . man steht sich nicht mehr gegenüber als Geisen, die um die Mittel und Wege des gemeinsamen

Stumpfes streiten, sondern als Feinde, die sich gegenseitig zu vernichten trachten.“ Der Ausblick, den Parvus hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der sozialdemokratischen Partei tun zu dürfen glaubt, ist alles andere als rosig. In den letzten Vorgängen, von Dresden angefangen, sieht er die Anzeichen der inneren „Zersetzung“, der politischen Korruption. Nicht handelt es sich nach Parvus in dem Streite Heine-Mehring in Dresden um Personen, sondern um die Partei.

„Die Partei wollte wissen, ob sie nach wie vor die politische Organisation des Proletariats sei, die sich die Intelligenz und Energie der einzelnen Führer zu Nutze kommen läßt, oder sie nur den Zusammenschluß bilden soll für das politische Emporkommen einiger Ehrgeizigen, und sie wollte, daß man sie frei mache von jüdischen Elementen, welche in Deutschland französische Zustände schaffen wollen. Aber sie bekam keine Antwort. Und da wundert man sich noch, daß die Partei nicht zur Ruhe kommt, trotzdem das Schiedsgericht ein friedliches Urteil fügte.“

Zsolche Ausführungen, wie sie hier Genosse Parvus macht, verdienen sehr wohl beachtet zu werden als ein Zeichen der tiefschreitenden Verstimmung, die sich zwischen den streitenden Parteien innerhalb der Sozialdemokratie ausgewandert hat. Wenn weitverbreitete sozialdemokratische Parteiblätter jüdische Allegationen ihre Spalten erfüllten, so beweist das, daß auch die unteren Schichten der Sozialdemokratie mit hineingezogen werden in das Durcheinander der hässlichen Verwirrung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Zu wünschen wäre dabei nur, daß diejenigen sozialdemokratischen Arbeiterschichten auch wirklich die Augen aufgehen, daß ihr Heil niemals bei einer Partei sein kann, die, wie seine andere, niedrige Streitkraft, sowie innere Unmöglichkeit in ihrer Erringen unterbewußt. Damit dies nicht geschieht, unterhält die sozialdemokratische Presse auf das eifrigste nebenher ihre Leser mit Vorwürfen aus der „durch und durch verroteten bürgerlichen Gesellschaft“, Ausschlüssen deren „verkümmerten Moral“ usw., die im Zivilstaate bekanntlich ausgegeschlossen sein sollen.

Parvus sieht die Sozialdemokratie in Deutschland Zuständen zu stellen, wie sie in Italien und Frankreich bereits Zustanden sind. „Wenn es in Deutschland noch nicht zum Schluss gekommen ist, so haben wir es allerdings zum Teil der Regierung zu verdanken, deren Druck die Partei wenigstens daran erinnert, was sie von den anderen trennt.“ Damit töte allerdings die Regierung der Sozialdemokratie den größten Glauben, wenn sie die gleiche unter Ausnahmegesetzen stellen würde, die alle Begründen innerhalb der Sozialdemokratie sofort aufheben würden. Dafür ist aber trob konservativer Wille weder die Regierung flügerweise zu haben, noch ist dies viel weniger bei den Mehrheitsparteien des Reichstages der Fall.

Die Berliner Presse korrumpt?

Wir stellen hinter die Anklage ein Fragezeichen, weil es uns doch noch fraglich erscheint, ob die in letzter Zeit wiederholt aufgetretene Behauptung, daß gewisse Berliner Zeitungen für den Handelsmarkt bestochen seien, richtig ist. Man ist ja bereits gewohnt, daß ob und zu solde Verdächtigungen auftauchen; so ist uns in Erinnerung, daß über ein bedeutendes Süddeutsches Wörterblatt vor einigen Jahren ganz dasselbe behauptet worden ist. Was aber nunmehr in Berlin von verschiedenen Seiten aufgestellt wird, bedarf doch einer näheren Prüfung.

Da war es zunächst ein kleinerer Bankier, der auf der Generalversammlung der Berliner Bank sich öffentlich über die Summungen beschwerte, die von einzelnen Redakteuren Berliner Blätter an die Bankdirektoren geteilt werden, leidet bat er hierbei sein bestimmt Blatt genannt. Daß es nicht kleine Winzelsblätter sind, die den Revolver auf die Brust legen, ist ganz selbstverständlich. Eine Bank, die ein gutes Gewissen hat, fürchtet solche Helden nicht. Es kann sich somit nur um einflußreiche und große Blätter handeln, die eine Erpressungstat bestolzen; diese zeigt sich in doppelter Weise: Einmal muß die Bank der betreffenden Zeitung zugestehen, sonst werden ihre Unternehmungen einfach tot gemacht, aber der Handelsredakteur will auch keinen „Vatikanisch“ haben, weil er in seiner Svalte ja die Feder zu gunsten der Bank und ihrer oft sehr zweifelhaften Unternehmungen führt. Dem lieben Publikum aber wird hierdurch das Fell bis über die Ohren abgezogen! — Eine solche Korruption ist ein öffentliches Nebel und fordert nicht nur öffentliche Kritik, sondern auch Einschreiten der Oeffentlichkeit.

In erster Linie hat die Berliner Presse allen Grund, sich von einem solchen Vorwurf zu reinigen. Aufschlendernde hat sie das gar nicht getan, obwohl sie auf genauer Generalversammlung fast hierzu genötigt war. Der schon genannte Bankier führte nach seiner Entschließung nämlich noch aus, daß er wohl wisse, daß ihm nur die Zeitungen sehr schad anzutreffen werden, doch sei ihm dies gleichgültig; er sei der erste, der weniger den Mut hatte, auf diesen Missstand hinzuweisen. Als wir diese ungemein scharfe Herausforderung gelesen hatten, sagten wir uns: Na, da muß es morgen in der Berliner Presse böß zu geben! Vierzehn Tage fast sind seit dieser Kriegserklärung verstrichen, und kein einziges Berliner Blatt hat auch nur eine Zeile darüber mehr gebracht! Sind also alleamt schuldig? Wir sind fast überzeugt, daß jede andere öffentliche Einrichtung, gegen die solche ehrwürdige Behauptungen erhoben werden, sich sofort verteidigen würde, ja müßte und gerade die Berliner Presse würde die erste sein, die diese Aufforderung ergehen lassen würde. Warum schwiegt sie hier? Es kann nicht die moralische Überlegenheit über solche Angriffe sein, es kann nur das schlechte Gewissen sein. Ganz selbstverständlich erscheint es uns, daß nicht auf sämtliche Berliner Blätter dieser harte Vorwurf gerichtet ist; aber werden wenigstens die sich nicht redigieren, die völlig unbedeutend sind?

Wenn nun durch dieses Verhalten das Ansehen der Berliner Presse stark nötzt, so muß dies noch mehr geideben durch eine Erfüllung in dem gegenwärtigen Bonnernabsturzprojekt. Es ist noch in aller Erinnerung, daß die Direktoren dieser Bank dem Verein „Berliner Presse“ ein ungewöhnliches „Talente“ von 25 000 M. gegeben haben. Als im vorigen Sommer diese Laiade bekannt wurde, entstand ungeheure Bewegung im Volle, so daß der so unterjährige Verein öffentlich erklärte, er zahle dieses Darlehen an die Monarchie zurück. Man hat seither nichts mehr gehört! Nun kommt die zweite Laiade des Bonnernabsturzprojektes. Hier wird nun vor Gericht festgestellt, daß die Nutzungsabteilung dieser Summe bis heute nicht erfolgt ist! Das ist ein unerhörter Stand, der zur höchsten Rauheit herausfordert. Was will die Berliner Presse in ihrer Reditertigung vorbringen, wenn die Leistungsfähigkeit sie nun der Beleidigung zeigt? Wenn ein Privatmann so etwas tut, gilt er als ein notorisches Lump,

Schweizer Brief.

„Wir wollen uns ernsthaft zusammennehmen, damit der Lehrer sich nicht braucht zu grämen. Wir wollen nicht schwören, nicht lärmern, nicht lachen. Noch auf den Boden werfen die Sachen. Wir wollen uns aufmerksam, fleißig zeigen, zum Zwecken aufgesondert, nicht schwärzen. Und alle überhaupt so ausführen heut, daß Eltern und Lehrer es herzlich freut.“

Schön, nicht wahr, diese Neumere? Das ist nämlich ein „moderner Schulgeber“, wie deren das Organ der freifinnigen bernischen Lehrerschaft in der neuesten Nummer veröffentlicht. Dieses Muster-„Gebet“ ist für konfessionale Schulen bestimmt. Nun, konfessionslos genug dürfte es sein, ob es aber den Namen „Gebet“ verdient? Ja, heißt es, das Gebet im eigentlichen Sinne ist in einer Schule, in welcher der Unterricht nach dem Wortlaut des Gesetzes weltlich und konfessionslos zu sein hat, ganz und gar unzulässig. In Neuenburg ist eine Lehrerin angestellt, seit mehreren Jahren Tag für Tag den Unterricht mit Gebet zu eröffnen. Dies ist, wie schon gesagt, in einer konfessionsloren Schule unzulässig; deshalb wurde sie bei der Schulkommission denunziert. Diese lehnte jedoch eine Untersuchung des Falles ab, da sie fürchtete, die religiösen Gefühle weiter Volkstreue zu verleben. Der Denunziant appellierte nun an den Staatsrat mit der Drohung, den Fall eventuell beim Bundesrat anhängig zu machen. Man darf gespannt darauf sein, wie der Staatsrat, an dessen Spitze als Erziehungsdirektor ein bekannter Hauptling der schweizerischen Freimaurer steht, den Fall erledigen wird. Zu bemerken ist noch, was zwar eigentlich selbstverständlich erscheint, daß auch der Denunziant dem Freimaurerbunde angehört. Man sieht aber wieder, wie die schweizerischen „Brüder“ nach dem berühmten Muster eines bewundernswerten Frankreich arbeiten.

Verdienstvoller als diese Wirklichkeit im negativen Sinne würde aber ihre Tätigkeit für die Schule sein, wenn sie das Schweizervolk in seiner Allgemeinheit für eine Pfefferstellung jener Lehrer zu gewinnen suchten. Trotz der Schulabvention durch den Bund, am welche die schweizerische Lehrerschaft so große Hoffnungen setzte, ist es in manchen Städten um eine bessere Bezahlung der Lehrer nicht gut bestellt, weil das Volk einer solchen sich feindlich erweist. Ein eindrucksvolles Beispiel liefert deranton Zürich. Hier wurde am 15. Mai dem Volle ein Lehrerbefoldestungsgeley zur Entscheidung vorgelegt, welches die ökonomisch rückständig, vor mehr als 30 Jahren festgestellten Verhältnisse besonders der Landeslehrer verbessert sollte. Mit Zuversicht rechneten die Lehrer auf dessen Annahme und siehe da! — mit 31 074 Nein gegen 30 791 Ja wurde das Gesetz verworfen. Es war nur ein schwacher Trost, daß die verwerfende Mehrheit eine so geringe war, die Hoffnungen waren doch gelöst: „Es fiel ein Leid in der Frühlingsnacht.“

Eine gewaltige Auffregung bemächtigte sich der Lehrerschaft. In verschiedenen Gemeinden erklärten die Lehrer nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses, nun der Allgemeinheit seine unbezahlbaren Dienste mehr leisten zu wollen in Orchester-, Gesang- und anderen Vereinen. Dieses Vorgehen war begreiflich, aber unter den Verhältnissen, wie sie nun einmal in der Schweiz tatsächlich bestehen, nichtslug. Ebenjowenig kann man dies sagen von den Massnahmen, welche der Lehrerverband des Kantons Zürich zu ergreifen gedacht. Am 21. Mai hielt derselebte in der Konzerte in Zürich eine imposante Versammlung ab; in dieser wurde einmütig beschlossen, auf dem Wege der Initiative die verworfene Vorlage unverändert dem Volle ein zweites Mal vorzulegen. Auch diese Erscheinung war natürlich und begreiflich, aber sie birgt die Gefahr in sich, daß die Vorlage nun erst recht verworfen wird und dann das neue Lehrerbefoldestungsgeley auf lange Jahre nicht wieder vor das Volk

gebracht werden kann. Abzwingen läßt sich das konverne Volk nichts: „Nun gerade nicht!“ wird es beißen und das zweite Schultat wird unstrittig schlimmer ausfallen als das erste. Es zeigt sich eben bei dieser Volksabstimmung wiederum die siebenfache der demokratischen Zustände, wobei auch erkannt ante Gesetze durch eine kleine Mehrheit unverständiger oder böswilliger Reisager zu Hilfe gebracht werden können.

Die Stadt Zürich und die industriellen Orte des Kantons haben das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen; einzfa die landwirtschaftlichen Vereine lehnten das kleine Werk der Reisager. Der Bauer ist eben überall zäh, wenn es sich um Mehrausgaben handelt, während er den Mehrausgaben aus seiner Produktion nicht abgeneigt ist. Im vorjährigen Jahre wurde von den gehobenden Lehrern der Schweiz den Bürgen der Landwirtschaft in weitestem Maße Rücksicht getragen, indem besonders die Eingangsziele auf Obst und Wein ganz bedeutend erhöht wurden. Jetzt ist dieser Zustand die Ursache, daß die Unterhandlungen mit Italien wegen Abschaffung eines Handelsvertrages abgebrochen sind. „Nun gerade nicht!“ wird es beißen und das zweite Schultat wird unstrittig schlimmer ausfallen als das erste. Es zeigt sich eben bei dieser Volksabstimmung wiederum die siebenfache der demokratischen Zustände, wobei auch erkannt ante Gesetze durch eine kleine Mehrheit unverständiger oder böswilliger Reisager zu Hilfe gebracht werden können.

Bei diesem steht aber für Italien viel mehr auf dem Spiel wie für die Schweiz. In den Jahren 1900, 1901 und 1902 bezifferte sich der Güterexport Italiens nach der Schweiz auf 497 Millionen Franken, während umgekehrt die Schweiz in denselben Zeitraum nur für 141 Millionen Franken Waren nach Italien abschaffte. Die Italiener werden es sich wohl dreimal überlegen, ehe sie ein solches Absatzgebiet, das übrigens mit den kostspieligsten Artikeln, als: Schlachtwieh, Wein, Geflügel, Eier und Butter seineswegs

mit dem niemand mehr Verkehr haben will. Die Berliner Presse darf sich also nicht auss hohe Noh sezen, sie muß der Offentlichkeit in dieser Frage Rede und Antwort stehen! Nun kommt noch ein anderer Prozeß dazu, den der Herausgeber der Wochenschrift „Plutus“, der Sozialist Bernhard, zu führen hat. Er erhob gegen einen Berliner Redakteur auch die Beschuldigung, daß er im Dienste der Pommernbank gestanden habe, und 2000 M. Gehalt von dieser bezogen habe, aber trotzdem als Mitarbeiter von Blättern für den Handelsteil Reklame für die Pommernbank gemacht habe, ohne daß die betreffenden Zeitungen wußten, daß dieser Mitarbeiter im Dienste der Bank stand.

Reichstag.

e. Berlin, 196. Sitzung am 11. Juni 1904.
Der Reichstag war heute infolge der Aktion am kommenden Montag schwach besetzt; Wahlprüfungen und Petitionen standen auf der Tagesordnung. Soweit das Zentrum in Betracht kommt, wurde bei den Wahlen der Abg. Aichs, Volk und Rosenthal Beweiserehebung beschlossen. Sodann wurden Petitionen beraten.

Die erste derselben forderte eine Abänderung des Fleischbeschauugesetzes. Der sozialdemokratische Redner *Wittmer* sprach hierbei die Forderung aus, die Hauptschlachtungen auch unter die Fleischbeschau zu stellen und schloß:

Der Zentrumabgeordnete Erzberger betonte demgegenüber, dass die Gewerbeaufsicht eine wichtige Rolle spielen müsse.

Der Zentrumabgeordnete Erzberger betonte demgegenüber, daß die Einführung der Fleischabgabe für die Haushaltsschäden überflüssig und unmöglich sei, auch wiese sie sehr verfehlend. Die Ausführungen des Abg. Kistner gegen die Getreidezölle mag der selbe ein gegen den Abg. Schippel richten, nicht gegen die Mehrheit dieses Hauses. (Sehr gut!) So stark wie Schippel in der "Gemeinder Volksstimme" die Höhe verteidigt, kann es kaum ein Agrarier tun! (Sehr gut!) Melachen Sie also mit Schippel, ehe Sie das bei uns versuchen! (Sehr gut!) — Thiele (Soz.) vertheidigt Schippel, der nur unter Umständen für Getreidezölle sei. Erzberger (Centr.): Wo freut mich, daß Schippel nun eine Verterbigung gefunden hat; er holt so schon schwer in der Reihe einer Freunde zu leiden. Derjenige spricht sich unter Umständen für Getreidezölle aus. Auch auswärtige Sozialdemokraten (Vorläufig zw.) haben sich für Getreidezölle ausgesprochen; andere sind schwächer. (Sehr gut!) Die Mehrheit dieses Hauses war ebenso abhängig so klima, als wie einige jetzt bei Ihnen werden. (Sehr gut!) Auch wir haben das Fleischbedarfsgesetz in erster Linie aus Gewerbeinteressen geschaffen und sind deshalb gegen die Einfuhr endenden Fleisches, weil hier keine Kontrolle möglich ist. Wir standen doch nicht deshalb gegen das Gesetz zusammen, weil es der Landwirtschaft nützt.

Auf Antrag Dr. Müller-Zagan wird die Petition von der Tagesordnung abgelehnt, ebenso weitere. Eine Reihe von Petitionen wird ohne Debatte angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Wünzgesetz, kolonialbahnen, Serolastur.

Politische Rundschau. Deutschland.

— Der König von Württemberg hat an den Kultusminister Dr. v. Weizsäcker ein Handschreiben gerichtet, worin er sein lebhaftes Bedauern ausdrückt, daß der mit der Schulgesetznovelle unternommene Versuch, eine Ausgleichung der Gegensätze auf dem Gebiete des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zur Schule herbeizuführen, vorläufig ins Stöben geraten sei; gleichzeitig spricht der König dem Minister seinen Dank für seine vielfachen Bemühungen in dieser Angelegenheit, sowie sein volles Vertrauen aus.

Die Hofbank der Kaiserin. Man war gespannt darauf, welche Anträge die Verteidigung in dem Prozeß gegen die Pommerschen auf die Entschließungen des Geh. Rat Budden stellen werde, sie hätte nämlich diese sofort nach dessen Aussagen angeklündigt. Am 10. Juni ging jedoch die Sache aus, wie das Hornberger Schießen. Justizrat Dr. Sello gab lediglich folgende Erklärung namens der Angeklagten ab: „Auf den Scheid von 350000 M ℓ , hat der Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherr v. Wrbach, für Wohltätigkeits- und andere Zwecke überbaut nur 25000 M ℓ abgehoben, und zwar auf die Versicherung der Angeklagten Schuly und Rommel hin, daß das Geld nicht aus der Bank, sondern aus ihren Mitteln flösse. Neben die diskrete Verwendung des Restes der obigen 350000 M ℓ wird nach wie vor von den Angeklagten das Prinzip der Discretion respektiert. Frhr. v. Wrbach hat privat oder verhältnißlich weder von den Angeklagten noch von dem

auschließlich auf den Bezug aus Italien angewiesen ist, leichtsinnig aufs Spiel setzen. Sie brauchen die Schweiz als Absatzgebiet viel notwendiger als die Schweiz Italien als Bezugsquelle braucht. Würlich würde ein Zollkrieg ja auch für die Schweiz werden, hauptsächlich wegen des Bezuugs der Mohrheide, den größten Nachteil aber hätte Italien. Daher glaube ich nicht an einen Zollkrieg. Es wäre auch traurig, wenn zwei Nachbarstaaten sich in Zollfragen nicht einigen könnten. Ein Zollkrieg schädigt stets beide — den Sieger und den Besiegten. Er ist zwar unblutig und doch kostet er viele Opfer. Zu einem solchen Kriege werden auch keine fremdländischen Offiziere auf den Kriegsschauplatz gesellt, wie jetzt nach Japan und Russland.

Auch die Schweiz hat ja zwei Offiziere zu den beiden Kriegsführenden auf den Kriegsschauplatz entsendet. Die japanische Regierung hält die fremden Offiziere in Tokio zurück, damit sie weit weg vom Feuerregen hübsch in Sicherheit bleiben. Von einem der bei den Russen befindlichen Offiziere veröffentlicht jetzt eine Lausanner Zeitung Auszüge aus einem Privatbrief. Eine Stelle verdient Erwähnung: „Alles ist überzeugt, daß die Japaner schließlich die verdienten Preise empfangen werden.“ Wie kann ein Offizier eines neutralen Landes einen solchen Ausdruck gebrauchen? Der Betreffende scheint sich seiner Stellung und der Missichten, die sie ihm auferlegt, nicht bewußt zu sein. Er mußte doch annehmen, daß sein Brief in die Öffentlichkeit gelangt. Charakteristisch für den Kriegshelden aus der französischen Schweiz ist folgende Stelle aus seinem Briefe: „Hier bekommt man alles, was man nötig hat, Benediktine wie Karlsbader Wasser. Was man nötig hat, Benediktiner wie Karlsbader Wasser. Was ist — Babbelpulper.“ Das genügt!

nahestehenden Banken einen Pfennig erhalten. Der Angeklagte Schulz teilte noch mit, daß er damals $1\frac{1}{2}$ Millionen an Vermögen gehabt habe; aber dann gibt ein Bankdirektor nicht aus eigenen Mitteln fast 700000 Mr. für Wohltätigkeitswede aus! Die Sache soll nun für den Prozeß selbst erlebt sein!

— Die Budgetkommission des Reichstags besaßte sich am 10. d. M. mit der Resolution Gröber (Zentrum), betreffend die Erhöhung der Quartiersfostengelder. Gräzberger, Bachem und Hug (Zentrum) begründeten die Resolution eingehend und führten insbesondere ins Feld, wie in Württemberg, der Eisel und Baden darüber gellagt werden, daß die Entschädigungsätze zu gering seien. Es sei nicht nobel und anständig, daß der Bürger selbst, namentlich in den ärmeren Gegenden, die Gemeinden und Kreise die Lasten tragen, die das Reich aufzubringen müsse. Von den Vertretern der verbündeten Regierungen wurde ausgeführt, daß Erwägungen schwanken; eine Erhöhung um 20 Pfennig pro Mann und Tag gebe eine Mehrausgabe von 2 Millionen. Von allen Seiten wurde betont, daß eine solche Verhältnismäßig geringe Mehrbelastung nicht entscheidend sein könne. Am Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine zeitgemäße Revision des Gesetzes von 1875 fordert und hierbei insbesondere jene Gemeinden, die sehr oft mit Einquartierung belegt werden, neben den erlaubten Entschädigungsätzen Zuschläge erhalten. Namentlich die Landwirte werden dem Zentrum für sein entschiedenes Eintreten sehr dankbar sein.

— Das Servissläffengesetz wurde heute in der Budget-Kommission des Reichstages erledigt. Nach dem Antrage des Zentrums wurde das Servissläffengesetz dem Inhalte noch unverändert genehmigt, aber nicht bis 1913, sondern nur, nach einem Antrage der Sozialdemokraten, bis 1906. Das Zentrum wollte 1908 legen. Das Gesetz erhält Rückwirkung auf den 1. April 1904. Ferner fanden die Resolutionen des Zentrums Annahme, die mit der nächsten Revision des Servissläffengesetzes ein besonderes Wohnungsgesetz fordert und die die 267 eingelaufenen Resolutionen den verbündeten Regierungen als Material überreichen. In der Debatte wurde allseitig betont, besonders auch von den Zentrumabgeordneten Bochum und Erzberger, daß ein eigenes Wohnungsgeldgesetz im Interesse der Beauten absolut nötig sei und daß die Zähe für die Unterbauten in erster Linie zu erhöhen seien. Die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärten, daß sie bis 1916 die Vorbereitungen für ein Wohnungsgeldgesetz nicht beginnen könnten. Das Gesetz wird noch vor der Vertragung abstimmen. Man hofft, am Mittwoch vertagen können.

— **Opposition gegen die Fusion der Banken.** Der schaffhauserische Bauverein will die Westdeutsche Bank auf-
sen; auf der vorgestrigen Generalversammlung der letzte-
hat sich aber heftige Opposition hiergegen erhoben. Aus
Mitte der Versammlung wurde das Angebot des Schaff-
hauserischen Bauvereins als zu niedrig bezeichnet, und selbst
stellvertretende Vorsitzende des Kressichtsrates, Herr
ar Simon, gab die Erklärung ab, daß das Angebot viel
iedrig sei. Da die Generalversammlung nicht beschluß-
g war, wurde ein neuer Termin für eine zweite ange-
Peim A. Schaffhauserischen Bauverein stand heute
nens eine Konferenz statt, die sich mit der Angelegenheit
Westdeutschen Bank beschäftigte. Schaffhausen wird
falls sein Angebot erhöhen, beabsichtigt aber auch
durch die Opposition sich zu einem Zurückziehen der
erte bestimmen zu lassen. Sollte in der Generalver-
lung ein Protest gegen die Fusion eingelegt werden,
ürde dies nur dann von Bedeutung werden können,
ich die für einen bestimmten Termint vorgeschene
agung der Fusion ins Handelsregister verzögern
e. Indes seien solche Proteste vorläufig nicht ange-
t worden. Die Opposition wird also anscheinend in
vorliegenden Falle das Projekt nicht zum Scheitern
en.

Professor Dyross in München hat einen Aufsatz
lassen, worin er sich für die Beendigung der
Schaft noch zu Lebzeiten König Ottos ausspricht. Die
hatte deshalb aktuellen Charakter, weil Bayern in
die Feier des 100jährigen Bestandes als Königreich
wird. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ teilt
Sonntagsausgabe mit, daß Ministerpräsident Frei-
Podemus am 11. d. M. dem Prinzregenten Vor-
arbeiter gehalten hat und spricht:

arüber gehalten hat, und schreibt:

„Eine Regentenfrage besteht, wie wir hören, für die im kommenden maßgebenden Stellen nicht. Die Anerkennung ist die bekannte, die von dem früheren Ministerpräsidenten Graßkemper seinerzeit dahin umstritten worden ist, daß ent Kuitpold an den bestehenden Verhältnissen nichts geäfft wolle. Prof. Tyroff hat in seiner Schrift seine Aussichtlich als eine durchaus private bezeichnet. Das ist der Tat. Ein Anlaß zu irgend einer neuen Bekundung wird der Schrift nicht erblieb.“

Eine neue Maß- und Gewichtsordnung ist den Staaten zur Begutachtung vom Reiche zugestellt worden. Es handelt sich um die Frage, ob einmalige Eichung periodische Nachreihung wie in Sachsen. In Preußen Maß und Gewicht bisher einmal gelehrt, dann erliegen polizeilichen Revisionen, mit dem Ergebnis, daß durchschnittlich der vierte, in einzelnen preußischen Landen etwa jeder zweidritte dritte Gewerbetreibende inziehung der beanstandeten Maße und Gewichte werden muß. Sachsen hat die periodische Nachreihung innerhalb drei Jahren werden Maße und Gewicht gelehrt, die gerügtten Fehler bleiben straflos. Das System hatte im Auslandsverkehr große Schwierigkeiten wegen der Ungenauigkeit der Messgeräte. Nun steht die sächsische Einrichtung nachahmen und die Nachreihung einführen, so daß auch in den anderen Staaten der Gewerbetreibende nicht mehr der schweren Bestrafung ausgesetzt ist, wenn seine Maße oder Wagen nicht mehr stimmen. Eine Folge der Einführung der Nachreihung ist die Verstaatlichung der

nung zu tragen, sollen die Landesregierungen befugt sein, im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausnahmsweise einzelnen Gemeinden die Beibehaltung von Eichämtern zu gestatten. Von dieser Befugnis soll in der Regel nur zur Erleichterung der Eichung von Häusern Gebrauch gemacht werden. Die Ausrüstung und Unterhaltung der Eichämter sowie die Besoldung der Beamten liegt alsdann den Gemeinden ob, welche die Gebühren vereinzuhalten.

— Das preußische Abgeordnetenhaus hielt am Sonnabend die erste Beratung des Entwurfes über die Erhöhung des Kapitols der Seehandlung ab, wobei Finanzminister Freiherr von Heinrichsen versicherte, daß diese nicht gegen andere Institute gerichtet sei. Richter (fr. Bg.) zeigte wieder seine alte Gegnerschaft. Der Zentrumabgeordnete Gray wünschte eine Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Seehandlung. Nach langerer Debatte ging die Vorlage an eine Kommission.

Öesterreich-Ungarn

— Die Revision des Wehrgesetzes ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsriegsminister und der ungarischen Regierung. Nach einer Meldung der „Zeit“ gedenkt die Militärverwaltung bei dieser Revision vorläufig die zweijährige Dienstzeit noch nicht in den Rahmen einzubeziehen, und zwar wegen der großen finanziellen Kosten; es würde also im Wesen nur die Erhöhung des Rekrutenkontingentes überbleiben, welche bekanntlich vom österreichischen Abgeordnetenhaus im vorherigen Jahr

...den abgedrohenden im vorigen Jahre schon bewilligt war. Nun soll auch Ungarn für die Erhöhung gewonnen werden. Wird man Ungarn die Zustimmung durch neue Opfer abtaußen wollen? Die Unabhängigkeitspartei hat bekanntlich angekündigt, bei der Revision des Wehrgesetzes ihre alten Forderungen erneuert zu wollen.

Franzreich. Die französische Kammer ist das Forum für Skandale, wie man sie anderwärts kaum abtut, geschweige denn erlebt. Die Freitags-Sitzung brachte nichts geringeres als ein Nedduell auf die schärfsten Waffen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Sozialisten Millerand, der im Kabinett Waldeck-Rousseau als Handelsminister saß. Die heftige Kontroverse zwischen dem Kabinettschef und dem Minister führte zur „Aufdeckung“ einer sehr zweifelhaften Bestechungsaffäre, in welche die Mönche der Grande Chartreuse bei Grenoble den Ministerpräsidenten Combes angeblich zu verwickeln suchten. Herr Combes behauptet, diese Affäre im „höheren politischen Interesse“ gehemmt werden müssen, ohne aber anzudeuten, welche Tatsachen und wessen Interesse den von ihm gebrauchten Maßnahmen

nen Sache von den ihm gebrauchten Phrasen zu
runde liegen. Man ist ganz berechtigt, den Vorwurf, da
M. Combes mit Millionen zu bestechen ge
acht, unbedingt zu misstrauen, denn es liegt kein einziger
Beweis hierfür vor. Vielmehr ist die gewundene an
dernde Haltung des Ministerpräsidenten sehr geeignet
zu beweisen, daß es sich um eine m i s t r u s s e n
ut r i g u e der Regierung und ihr nahestehender Agenten
gen die Wünsche handelt. Millerand wandte sich gegen
die Regierung, deren Politik sich im Kampf gegen die Kon
gregationen erschöpfe, und erklärte, alle Reformen der Re
gierung seien Augentäuschung. Ministerpräsident Combes
widerte mit ziemlich starken Ausdrücken auf die Angriffe
Millerands, dem die gegenwärtige Regierung schon zu lange
dient. Der Gedanke an die Kongregationen beschäftigte die
Regierung nicht ausschließlich; jedenfalls suchte sie sich nicht
deren Überresten zu bereichern. Diese Anspielung galt
Stellung Millerands als Liquidator einiger Kongrega
tionen. Sofort fiel der Zwischenruf: „Und was ist's mit
Millionen der Kartäuser?“ Der Ministerpräsident
er fort, es sei seine Absicht, nach Annahme des Gesetzes
en Abschaffung des kongregationistischen Unterrichts
willig zu resignieren. Man habe ihn und seinen Sohn
zuldigt, von den Kartäusern bestochen zu sein. In Wahr
heit ihm zwei Millionen geboten worden, wenn er für
Kartäuser günstige Gesetzentwürfe einreiche. Die Per
son, welche den genannten Schritt getan hatte, lehnte es ab,
Bermittler zu nennen, für den sie gehandelt hatte. Diese
Person — es ist der Generalkommissär der Ausstellung in
Lyon — gab ihren Namen an, aber Millerand hat ihn,
Namen im höheren Interesse des Landes nicht bekannt
geben. — Deputierter Renaud-Morlière gibt
im Erstaunen darüber Ausdruck, daß Combes den
namen des Bestechers nicht genannt habe. Combes er
klärt, es sei Sache desjenigen, der diese Erinnerungen her
sichwören habe, jenen Namen zu nennen. Millerand
erklärt, er werde nicht dazu beitragen, das Geheim
verraten, welches mit seiner früheren Tätigkeit als
Unter zusammenhänge. Bichat erklärt, wenn Combes
zwei Millionen nicht erhielt, so wollten sie ihm die
nur nicht geben. Man hat 300 000 Frank
rhinein und zwei Millionen im Falle eines Erfolges
geboten. (Ein Ruf links: Wer?) Bichat weigert sich,
namen zu nennen. Der Ministerpräsident nennt dies
eine verschämte Verleumdung. Schließlich wird eine
suchungskommission von 33 Mitgliedern eingesetzt.

- Trotz des Treibundes wird die Spannung zwischen
Ungarn und Italien immer größer. Nun ver-
sucht General Ricciotti Garibaldi ein Schreiben über
die Möglichkeit eines Krieges zwischen Italien und Oester-
reich-Ungarn. Er sagte darin: Um gegen Oesterreich-Ungarn
zu führen, braucht man Millionen, wenn der Krieg
die Regierung gemacht werden sollte, aber welches
die Geldmittel der französischen Revolution, der
ion der Tausend und jene von Ager romanus?
populäre revolutionäre und aufständische Ge-
gen von Trient bis Prag und Triest bis zum
würde weder einer regulären Armee noch einer
Kasse bedürfen. Der General erklärte weiter, er sei
die Befestigung der Grenzen und sagt, wenn schon
erausgeht werden soll, so sei es besser, dieses zur
erung einer guten Armee zu verwenden.

Am 11. d. M., dem Jahrestage der Ermordung
des Alexander und der Königin Draga, fand ein
Schwestern der Königin Draga in der Markus-
kirche auf dem alten Friedhofe veranstaltet, von 11 Geist-
lebrierten Requiem für den König die Königin

en befugt sein, ausnahmsweise Eichäntern zu Regel nur zur Brach gemacht der Eichänter dann den Ge- genen.

elt am Sonn- die Erhöhung Finanzminister ob diese nicht (fr. Pg.) zeigte nsabgeordnete Abgeleite der Vorlage an

genstand von ster und der der "Zeit" on vorläufig hmen einzufüllen Kosten; es Reiterten vom öster- reichischen be- höbung ge- rung durch zigelei- partei des Wehr- sellen.

für Stan- veige denn ngeres als dem Mini- der im soh. Die und dem eiselschten Combes behauptet, einbalsten hen und casen zu- wurd, die ehen ge- einziger eine an- geeignet, n g e n Agenten ch gegen die Kon- der Re- Combes Angriffe zu lange stige die sich nicht ng gat- rega- ts mit rässident Beiges errichts Sohn Wahr- er für e Ver- es ab. Diese ring in at ihn, ekannt e gibt den s er- t her- ille- heim- t als mbes a die frank- olges sich, dies eine st.

liden ver- über ster- jarn- zieg- hos- der us? Be- um ner sei- on zur

ng ein- -st- n,

sowie deren Brüder Nikola und Nikodem Lunjevitsch statt. Die Kirche war dicht gefüllt; keine einzige politische Persönlichkeit wohnte dem Gottesdienste bei.

Deutsch-Südwestafrika.

— Nordabteilung Bälou hat am 29. Mai Otavi erreicht und läuft auf Otjenga auf. Coblenz von Voltmann wegen Wassermangels und Krankheit ausgegeben. Der Omuramba na Matala durch Spione beobachtet. Hauptling Rehale soll den Posten Ramutoni gehörte und den Hereros viel Munition verkauft haben. Die 9. Kompanie, noch unberitten in Okahandja, soll Versiegungsnachschub deuten.

— Neues Mäusegeschick in Südwestafrika. Die durchgebrannten Pferde sind noch nicht eingefangen und schon kommt die Meldung von einem neuen Mäusegeschick. Breslauer Blättern wird aus Lublinik gemeldet, daß für die jüngst in Schlesien gefauften, nach Südwestafrika bestimmt Pferde die Gefahr eines Ausbruchs der Rosskrankheit vorliege, insofern von den dort gefauften Pferden einige aus der Nähe von verbrannten Orten stammen und ein größerer Teil derselben durch die transportiert worden sei. Wenn nun auch nur eins der gefauften Pferde mit Ross infiziert sein sollte, so können bei der leichten Übertragbarkeit und Gefährlichkeit dieser Krankheit Konsequenzen sich ergeben, die unserer im Kriegszustande befindlichen Kolonie kaum zum Segen gereichen dürften. Es ist schwer begreiflich, wie das Landratsamt des verbrannten Kreises es unterlassen konnte, die Anlaufskommission von der Vereinigung des Kreises in Kenntnis zu setzen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 13. Juni 1904.

(Mitteilungen aus unserem Polizeirevier zur Rassensicherung für diese Stadt sind der Redaktion allezeit willkommen. Der Name des Einzelnen steht anstelle des Redaktions-Namens, gesetztes müssen unbedingt bleiben.)

— Der Aufenthalt im Garten H. Sr. Majestät dem König gut bekommen. Die letzte Nacht war durch Atemnot weniger geföhrt. Der König hat mehrere Stunden geschlafen.

— Der gestrige Hofbericht meldet: Seine Majestät der König verbrachte die vergangene Nacht etwas besser; wenn auch Atembeschwerden wieder eintreten, so haben Allerhöchsteselbe nach ihrer Wiederholung doch mehrere Stunden im Bettstuhl ruhig geschlafen. Die reichliche Nahrungsaufnahme hat zur Erholung der Kräfte geführt. Der König hat sich heute zum ersten Male im Freien aufgehalten und wird bei dem anhaltenden guten Wetter dies täglich wiederholen.

— Mit Allerhöchster Genehmigung ist der Privatdozent Dr. med. Hans Baehler zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

— Die Wartburg (Nr. 21 von 20. Mai) wirkt dem Religionslehr. H. Klinger an der Staatsoberrealchule in Leibnitzberg vor, seinen Schülern Stellen aus Denkles Buch "Luther u. Luthertum" vorgelesen und Luther einen "Schweinertl" genannt zu haben. Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Klinger allerdings einige Stellen aus Luthers Leben vorgelesen, bezw. vorlesen lassen, was die Wirkung hatte, daß ein allgemeiner Unwill gegen den "Reformator" sich fand gab, den Ausdruck "Schweinertl" hat er aber nicht gebraucht. Angefecht der Hebe der Los von Rom-Leute kann man es dem Religionslehrer nicht verübeln, wenn er den "Gottesmann" im Lichte der Geschichte so schilderte, wie er lebte und lebte.

— Zur Streitfrage, ob in der Sache Hoensbroch gegen Düsseldorf eine Wette oder eine Auslobung vorliegt, sagt das "Berliner Tageblatt" nach unserer Meinung sehr richtig: "Von einer Wette oder der Proponierung einer Wette kann überhaupt nicht die Rede sein, da hierzu zwei Parteien gehören, von denen jede die Leistung als Strafe für die Unrichtigkeit ihrer Behauptung übernimmt, resp. übernehmen soll." Dagegen teilen wir die Ansicht nicht, daß es sich hier um eine Auslobung im Sinne des § 657 handelt. Das Gesetz spricht von einer "Belohnung". Eine Belohnung für die Lösung der Streitfrage konnte Düsseldorf nicht aussagen, weil er als katholischer Priester mit absoluter Sicherheit weiß, daß eine solche Lehre "Der Zweck heiligt die Mittel" von einem Jesuiten nie und nimmer ausgesprochen worden sein kann. Es liegt klar zu Tage, daß es sich um ein Schiedsgericht handelt, welches von beiden Seiten als rechtlich anerkannt wird, und dessen Urteil sich beide Teile unterwerfen müssen. Erst wenn ein solches Urteil vorliegt, welches besagt, daß Hoensbroch Sieger ist, so ist dem ordentlichen Gericht das Recht eingeräumt, den widerstreitenden Besiegten zur Zahlung der bedungenen Geldsumme zu verurteilen.

— Bei dem gestrigen Radwettfahren auf der Rennbahn am Birkenwäldchen kam sowohl der Verein für Radwettfahrten als auch das Publikum reichlich auf seine Kosten. An 13000 Personen hatten sich eingefunden, um dem Kampf zwischen den beiden bedeutendsten Rennfahrern der Gegenwart Nobl-München und Dicentmann-Amsterdam beizuwollen. Im ersten Lauf, über 20 Kilometer, war das Resultat 1. Dicentmann, 2. Nobl, 3. Ruyer-Bern, 4. Bac-Paris. Im zweiten Lauf, über 30 Kilometer, hatte Dicentmann Radfests und kam außerdem einmal von seinem Motor ab. Resultat: 1. Nobl, 2. Ruyer, 3. Bac, 4. Dicentmann. Dritter Lauf, 50 Kilometer, 1. Dicentmann, 2. Nobl, 3. Ruyer, 4. Bac. In einem wahren Höllenlämpo wurde dieses Rennen gefahren, sodass die beste Dresdner Kilometerzeit um 2 Minuten verbessert wurde. Nobl hatte die geringste Punktzahl und erhielt somit den ersten Preis. Mit Vorbeir belässt führt er eine Ehrenrunde unter stürmischen Ovationen des Publikums. Dicentmann und seine beiden Mannschaften trugen die amerikanischen Vederhochgläser, die bei eventuellem Sturz Schädelbrüche und Gehirnerschütterungen vollständig ausschließen. Außer diesen hochinteressanten Dauerrennen gab es ein Herrenrennen (Sieger: Fuchs-Leipzig), ein Wettbewerbrennen (Sieger: Südmilch-Dresden) und ein Motorwettbewerb (Sieger: Scholz-Dresden).

— Zwischen der Stadtgemeinde Dresden und den deutschen Schiffswerften wurden Verhandlungen wegen der Veranstaltung einer großen Marine-Ausstellung im Jahre 1905 im städtischen Ausstellungspalast gepflogen. Um diese Ausstellung hatte sich auch die Stadt Düsseldorf

beworben und nunmehr insoweit sehr günstiger Bedingungen, die sie dem Ausstellungskomitee gestellt hat, den Sieg über Dresden davon getragen. Wir werden also im nächsten Jahre keine Marine-Ausstellung in Dresden haben.

— Der ägyptische Prinz Abbas-Pascha Halim nebst zahlreichem Gefolge hat in der Villa "Bellevue" in der Straußstraße in Loschwitz Sommerwohnung bezogen. Es ist dies die Villa, welche seit Jahren dem Prinzen Johann Georg als Sommerwohnung diente.

— Die Dresdner Kaufmannschaft begeht Montag, den 20. Juni, die Feier des 50jährigen Bestehens ihrer Deutschen Handelslehranstalt. Vormittags 1/2 Uhr ist im großen Saale des Altstädtler Logenhauses, Straße 15, Festakt; nachmittags 5 Uhr wird in den Räumen des Belvedere ein Festmahl abgehalten.

— Seltener Fischfang. Bei Mühlberg nächst Bodenbach wurde dieser Tage in der Elbe ein Stör von fast zwei Metern und im Gewichte von 80 Kilogramm in einem Netz gefangen. Diese Fischgattung ist in der Elbe sehr selten anzutreffen.

Meißen. Die biesige Klempner-Zwangsmannschaft beschloß in einer außerordentlichen Versammlung einstimmig, sich Ende September dieses Jahres aufzulösen. — Außerdem beschloß die Zwangsmannschaft für Dresden, Gravure und Holzbildhauer, aus dem Innungsbezirk der Städte Nossen und Lommatsch auszucheiden und sich nur noch auf den Amtsgerichtsbezirk Meißen zu erstreden. — Der Streit der biesigen Dachdecker ist beendet. Er hat die Hoffnungen der Arbeiter nicht erfüllt.

Lauenstein. Von den annähernd 100 Bewerbern, darunter einige Bürgermeister, Gemeindevorstände, Offiziere a. D. und der Reserve, sowie ein Assestor, ist der Rats-aktuar Alfred Angermann aus Bayreuth zum Bürgermeister gewählt worden.

Leipzig. Ein großes Wohltätigkeitskonzert wird für den 18. Juni geplant. Der Reinertrag soll für das rote Kreuz im russisch-japanischen Kriege benutzt sein. — Sollten uns nicht unsere Landsleute in Südwestafrika denn doch etwas näher liegen?

Leipzig. Am Stelle des frisch verstorbenen Geh. Rats Professors Dr. Wilhelm His in Leipzig ist Geh. Rat Professor Dr. Ferdinand Zittel als Sekretär für die mathematisch-physische Klasse der Königl. Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften gewählt worden.

Chemnitz. Über den Zimmererstreit, der am 8. Juni hier ausgebrochen ist, ist noch bekannt geworden, daß am zweiten Tage 600 Streikende gezählt wurden. Gegenwärtig arbeiten in 20 Geschäften 100 Zimmerer zu den Bedingungen.

Mügeln (Bezirk Leipzig). Durch eine große Feuersbrunst wurde der große Getreidespeicher der Firma C. A. Hanisch am heutigen Bahnhof völlig eingedellt. Die Pferde konnten nur mit Mühe gerettet werden.

Oelsch. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Freitag vormittag beim Bau des Wasserturnes dadurch, daß ein ca. 3 Kilogramm schwerer Eisenloben aus einer Höhe von 28 Metern dem unten arbeitenden, 42 Jahre alten Kesselschmied Eins mit solcher Wucht auf den Kopf traf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Verunglückte wurde in das Leipziger Stadtkrankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verstarrt.

Hohenstein-Ernstthal. Einen schrecklichen Selbstmordversuch machte Donnerstag nachmittag die Ehefrau des Kloppteurs Trnisch. Die bedauernswerte Frau begüßt Kleidung und Kopfschmuck mit Petroleum und zündete es an. Hausbewohner erschreckten die Flammen. Die Unglücksfrau war nervenkrank.

Annaberg. Zum Schlusse der Fronleichnamsofikate war hier am Donnerstag abend um 8 Uhr Feierstunde. Nach dieser hielt die hiesige katholische Männerverein wie alle Jahre üblich, seinen Vortragssabend ab, zu welchem außer den Vereinsmitgliedern nur eine unbedeutende Zahl von Gästen erschienen waren. Den Vortrag hielt Herr Kaufmann Hanisch aus Dresden über die Pflichterfüllung des Mannes für den Staat, für die Kirche und für seine Familie. Dieser Vortrag, der sehr gut ausgearbeitet und allen lobenswert war, enthielt viele gute Lehren, die sich gewiß in vielen Herzen eingebürgert haben. Herrn Hanisch sei für seine Mühseligkeit nochmals gedankt. Nach einigen Worten des ersten Vorsitzenden sowie mehreren Gesängen für Solo und für gemischten Chor schloß dieser schöne Abend.

Pausa. Am 11., 12. und 13. d. M. veranstalten die biesigen Militärvereine das zweite Fest der Vogtländischen Kriegsveteranen. Ein Festbeitrag wird nicht erhoben. Quartiere werden gewährt. An der Spitze des Fest-Ausschusses stehen Amtsrichter Unger und Schuldirektor Hiller.

Öbeln. Mittwoch abend fiel das achtjährige Mädchen des Fabrikarbeiters Fricke in die Mulde und ertrank. Zwiskau. Der Direktor der ehemaligen Leipziger Bank, Erner, wird nach Verbüßung seiner Strafe am 16. Juni aus dem Gefängnis entlassen.

Gubenstock. Hier ward am 5. d. M. früh durch die Umsicht zweier Schuleute eine Brandstiftung, der das der Firma C. W. Friedrich gehörige Haus zum Opfer fallen sollte, im Keime erstickt.

Böhrnau. Seit Montag früh wird hier der Bergarbeiter Karl Hermann Gläser vermisst. Er ist zuletzt auf dem Wege nach Wolfgang-Maassen gefahren worden. Zwedtische Mitteilungen sind an die hiesige Gemeindebehörde zu richten.

Bauken. Zum Schlusse der Fronleichnamsofikate feierte am vergangenen Donnerstag unser hochwürdigster Herr Bischof im hohen Dome ein feierliches Pontifikalam. Nachmittag beteiligte sich während der Vesper bei der Prozession die gesamte Schuljugend. Die weißgekleideten blumenstreuenden Mädchen versammelten sich nach dem Gottesdienst im katholischen Gesellenhaus, wo sie in Gegenwart Sr. Bischöflichen Gnaden und der geistlichen Herren und einiger Herren Lehrer mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden.

Lawalde. Erhängt hat sich hier dieser Tage der 40 Jahre alte Hofsärling August Jentsch, weil er infolge Krankheit nicht mehr voll seiner Tätigkeit nachgehen konnte. Der Selbstmörder war Witwer und hinterließ einen 18-jährigen Sohn.

Vereinsnachrichten.

S. Leipzig. Am nächsten Donnerstag, den 16. Juni, findet am Freitag, abends 1/2 Uhr findet in Leipzig-Lindenau, Schloss Lindenau (Theateraal), Hermannstraße, eine Bezirksversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Herr Studiatur Schäfer wird über das Krankenlassengesetz sprechen. Alle Mitglieder des Volksvereins laden dazu ein der Obmann: P. Leo.

Der Krieg in Ostasien.

Vom Kriegsschauplatz wird eine neue Wendung berichtet. General Europatkin hat den Rückzug seiner in dem Aufmarschraum Liaojang-Mudan bis östlich vor dem Motenpass stehenden Hauptarmee in nördlicher Richtung angeordnet. Die Petersburger offizielle Meldung, welche den Rückzug meldet, gibt selbst den Grund hierfür an: die Überlegenheit des Feindes. Es war dies vorauszusehen. Nicht nur das Nachsehen der eigenen Stärke im demselben Maße, als Europatkin sich der eigenen Operationsbasis, Charbin, nähert, sondern die ebenso wachsende Schwächung des Gegners veranlaßt ihn dazu. Je weiter sich die japanische Armee in das Innere der Mandchurie begibt — zwischen den jetzigen vorgehobenen Stellungen der Japaner und Charbin liegt eine Entfernung von 500 Kilometern — desto anfehlbar werden die Streitkräfte, welche die Japaner zur Deckung ihres Rückens und ihrer Flanke gegen das ostmandchurische Gebietland zu, sowie für die Sicherung ihrer Provinztransporte zurücklassen müssen. — Die Schwierigkeiten für die Japaner, eine gewaltige Armee im Feindeland, in der unwirtschaftlichen Steppe, den überaus rauen Winter Mandchuriens befreien zu lassen, müssen für Europatkin ein dringendes haben.

Freilich bringt dieser Rückzug den Russen schwere Verluste. Rüstungswar mit kostspieligen Befestigungswerken verfehlt worden, bei Liaojang war ein gewaltiges befestigtes Lager errichtet, außerordentliche Kriegsvorräte waren an beiden Orten und ebenso in Mudan angehäuft. Es wird Mühe machen, nun alle beweglichen Güter gegen Charbin abzutransportieren, viel wird davon dem Feind überlassen oder vernichtet werden müssen, indessen Gebäude, Schanzwerke u. a. ganz verloren sind. Zugleich ist auch der Vormarsch des Generals Stielberg zum Entsatz von Port Arthur eine erledigte Episode geworden, denn sobald Europatkin gegen Norden zurückweicht, muß er Stielberg wieder an sich ziehen, soll dieser nicht durch die erste japanische Armee vollständig abgeschüttet werden.

Der Rückzug Europatkins nach dem Norden, der vorläufig wohl hauptsächlich in einer Konzentrierung bei Liaojang besteht, vollzieht sich unter großen Schwierigkeiten. Da unmittelbare Zusammenhänge mit diesem Rückzug steht der Vormarsch des ersten japanischen Armees unter General Kuropatkin, der Vormarsch des Generals Stielberg zum Entsatz von Port Arthur gegen Norden zurückweicht, muß er Stielberg wieder an sich ziehen, soll dieser nicht durch die erste japanische Armee vollständig abgeschüttet werden.

Der siegreiche General Kuropatkin, der Oberbefehlshaber der ersten japanischen Armee, meldet: Eine unserer Abteilungen besetzte am 7. Juni Saimai. Unsere Verluste betrugen drei Mann an Toten und 24 Mann an Verwundeten, während der Feind 23 Tote zurückließ, außer zwei Offizieren und fünf Mann, die gefangen genommen wurden. Die Armee Kuropatkin, die mit den in Tafuschan geladenen Truppen gemeinsam operiert, besetzte am 7. Juni Suijan und drängte den Feind auf Tomtschong und Kaiwing zurück. Der Feind zählte 4000 Mann Kavallerie mit sechs Geschützen. Unsere Verluste betrugen drei Mann tot, 28 Mann leicht verwundet.

Die Japaner haben bereits außer den wichtigsten Positionen von Suijan und Saimai (Saimai) noch mehrere andere Städte besetzt und rüden hier mit dem linken Flügel ihrer ersten Armee in der Richtung gegen Rutschwang vor. In Rutschwang ist man auf eine Invasion der Japaner gesetzt, und zum zweiten Male räumen die Russen diese Seestadt. Lautende von Narren sind auf der Straße gegen Liaojang auf dem Wege, um die in Rutschwang aufgehaften Worräte nach Mudan zu transportieren, denn im russischen Hauptquartier soll durch die in leichter Stunde erfolgte Verproviantierung Port Arthur's Mangel an Lebensmitteln beseitigt. Rutschwang wird den Japanern demnach ohne Kampf überlassen werden.

Dem "Berliner Lokalanzeiger" wird aus Tokio gemeldet: Nach einem hier eingelaufenen Bericht mussten die japanischen Truppen, als sie Dalm befreiten vor allem eine verborgene Feuerbrunst löschen, durch die fast ein Drittel der Stadt eingeschüchtert wurde. Viele öffentliche Gebäude, darunter auch die Eisenbahnstation, wurden von den Flammen zerstört. Das Post- und Telegraphenamt ist unbeschädigt geblieben. Die japanischen Ingenieure machten vor allem viele auf den Straßen gelegte Minen unschädlich.

In und vor Port Arthur hat sich wenig verändert. Die japanischen Landtruppen erfüllen derzeit ihre erste Aufgabe, durch ein wohlgezieltes Feuer die Forts, welche Port Arthur schützen, zu entwaffnen. Bei seinen Aktionen wird das japanische Landheer von der Flotte unterstützt, die auf hoher See das Steilsteuern auf die Festungswerke unterhält.

Über die Festung meldet folgendes Telegramm vom heutigen:

Berlin, 11. Juni. Wie aus Petersburg biesigen Blättern gemeldet wird, beherrscht die Frage um das Schiff von Port Arthur augenscheinlich das gesamte Interesse aller Bevölkerungsschichten. Außer die Unmöglichkeit der Festung glaubt man nicht länger. General Europatkin berichtet, daß er von seiner Infanterie nicht einen Mann nach Port Arthur entsenden könne, da er keine gesamten Streitkräfte gegen Kuropatkin benötige; dann erscheint Port Arthur in Frage. General Stieloff verfügt derzeit über Artillerie und Kavallerie, aber fast über gar keine (!) Infanterie.

General Oki meldet, daß die Zahl der in der Umgebung von Ranschan von den Japanern aufgefundenen russischen Gefallenen sich auf 10 Offiziere und 664 Mann beläuft und daß diejenigen von der japanischen Militärverwaltung mit militärischen Ehren beerdigten sind.

Die türkische Regierung erklärt die Nachricht, wonach die Höhe Pforte der russischen Flotte die Durchfahrt durch die Straße der Dardanellen gestattet haben soll, für vollkommen erfunden.

Petersburg, 12. Juni. Es verlautet gerücht-

weise, daß vor Port Arthur eine große Seeschlacht stattgefunden habe. Zwei russische und vier japanische große Schiffe sollen untergegangen sein, jedoch liegt bis jetzt keine amtliche Bestätigung vor.

London., 13. Juni. Dem „Standard“ wird aus Petersburg vom 11. gemeldet: Es verlautet, hier sei ein Telegramm des Admirals Skrydov eingegangen, wonach das Geschwader von Vladivostok am 7. d. M. 30 Meilen von Port Arthur auf die japanische Flotte gestoßen sei, sich aber, da von Port Arthur keine Schiffe ausließen, zurückgezogen habe. Es sei am 10. Juni nach Vladivostok zurückgekehrt.

Neues vom Tage.

Geheimrat Robert Koch ist von seiner fast anderthalbjährigen Forschungsreise nach Südwestafrika in die Heimat zurückgekehrt und befindet sich zu seiner Erholung seit einer Woche in Bad Ems. In der nächsten Woche geht er nach Berlin heimzufahren. Ein eigenes Misgeschick traf Herrn Geheimrat Koch dadurch, daß, nachdem er das Schiff in Neapel verlassen hatte, dieses bei seiner Weiterfahrt strandete und das Gepäck des hochverdienten Forschers durch das Meerwasser gelitten hat. Hoffentlich sind die wertvollen wissenschaftlichen Sammlungen, die Geheimrat Koch als Ausbeute seiner großen Forschungsreise mitgebracht hat, vor dem Verderben gerettet worden.

Worms., 11. Juni. Wie die „Wormser Zeit.“ aus Oppenheim a. R. meldet, wollten gestern abend die Bewohner des Dorfes Undenheim mehrere Jüdische Wagen nicht in den Ort hineinfahren; es entspans sich infolgedessen ein Kampf, wobei die Jüdischen schossen. Eine Person wurde getötet und vier Personen wurden schwer verletzt.

Pilsen., 10. Juni. Ein blutiges nächtliches Drama trug sich in der Nacht zum Donnerstag auf freiem Felde unweit Pilsens zu, indem der Maurer Sindelar seine Frau mit einem Revolver niederschlug und die Waffe dann gegen sich selbst richtete. Die Frau stürzte sofort tot blutüberströmt zusammen, da die Kugel das Herz durchbohrt hatte. Der Attentäter wurde schwer verletzt und dem R. R. Kreisgericht überliefert, zunächst aber in die Behandlung des Gerichtsarztes gegeben. Die schreckliche Tat ist um so unerklärlicher, als bekannt war, daß beide Ehegatten in bestem Einvernehmen miteinander lebten.

Wien., 11. Juni. Zu dem Beleidigungsprozeß der Berliner Versicherungsgesellschaft Victoria gegen den früheren Generalagenten der Gesellschaft in Österreich Ernst Salomon Agai wegen zahlreicher durch die Presse und eine Broschüre gegen die Gesellschaft erhobenen schweren Vorwürfe wurde heute das Urteil gefällt. Den Geächteten lagen 36 Punkte zur Beratung vor. Agai wurde in 28

Punkten freigesprochen und in 8 Punkten verurteilt. Das Urteil lautete auf einen Monat einfachen Arrest.

Leipzig., 11. Juni. Die Stadt Turka ist von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, durch welche bis gegen abend 200 Häuser zerstört wurden.

London., 10. Juni. Unterhaus. Bei der Beratung des Berichts über die Bill, betreffend das Motorautorecht, wurde die Einschaltung eines Paragraphen beantragt, wonach ein Eigentümer ausländischer Kompositionen diese in England innerhalb zwölf Monaten nach ihrem Erscheinen registriert haben muß, um berechtigt zu sein, strafrechtlich wegen Verletzung des Autorechts vorzugehen. Der Antrag wurde angenommen.

Rom., 10. Juni. Nach Telegrammen aus Bologna, Florenz und Prato wurden dort heute gegen Mittag leichte Erdstöße verspürt.

Bastia (Korsika), 11. Juni. Von dem hiesigen Schwurgericht wurde heute der deutsche Untertan Tiemann, der des Raubmordes an dem Deutschen Meyer in Ajaccio angeklagt war, freigesprochen. Die Bevölkerung veranstaltete Kundgebungen für Tiemann.

Madrid., 12. Juni. In der Kirche zu Paizas, Provinz Orense, plante eine Bombe und richtete bedeutende Verwüstungen an. Drei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Barcelona., 11. Juni. Das Gericht verurteilte den Bediensteten Arsal, welcher am 12. April d. J. auf den Ministerpräsidenten Maura einen Mordanschlag verübt hat, zu 7 Jahren 4 Monaten Gefängnis.

New-York., 11. Juni. Nach einem Telegramm aus Santiago de Guayaquil nimmt in Paita (Peru) die Beulenkopf eine große Ausdehnung an. Innerhalb drei Stunden sind zehn Personen der Krankheit zum Opfer gefallen.

Telegramme.

London., 13. Juni. Der „Morningpost“ wird aus Washington gemeldet: Aufstand habe in nichtöfzzieller Weise Protest dagegen erhoben, daß die Vereinigten Staaten eine starke Flotte nach den türkischen Gewässern gesandt haben, um die Bezahlung der lange ausstehenden Forderungen der amerikanischen Missionen im Betrage von 50 000 Pfund sicher zu stellen.

London., 13. Juni. Der hiesige Schriftsteller H. J. Dawson hat von dem in Mexiko von Briganten gefangenen Amerikaner Perdecaris einen Brief vom 4. aus dem Lager der Banditen erhalten, in dem Perdecaris erklärt, der Zweck seiner Gefangennahme sei die Freilassung von Mitgliedern des Stammes Naipulis sicher zu stellen, die in verräterischer Weise von dem Gouverneur von Tanger gefangen und eingekerkert worden seien.

Madrid., 11. Juni. Im Senat erklärte der Minister des Auswärtigen San Pedro auf eine Anfrage, daß zwischen Frankreich und Spanien bezüglich Marokkos kein Übereinkommen besthebe, es seien nur Verhandlungen eingeleitet worden.

London., 13. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Djibuti von gestern: Nach hier eingegangenen ausführlichen Meldungen leistet eine Anzahl geschulter und gut bewaffneter Burjaten aus der Mongolei und aus Sibirien den Tibetanern Beistand.

Wildes Gaben.

Eingegangen für den Preisgeld: 75 h von X. H.; für den Steinchenbau in Werbau: 5 M. von Herrn Dellermann, Dresden.

Briefkasten.

J. G.L., Dresden. Derjenige, welcher Ihnen erzählt hat, daß der Bericht des D. W. über die Unterredung zwischen dem Kaiser und Bischof Beniger auf Wahrheit beruhe, hat Ihnen einen täglichen Brief ausgedrungen. Vermutlich ist der Betreffende gelinde gesagt etwas denselben. Wenn Sie den Artikel gelesen hätten, würde Ihnen der Schlussfall die Auflösung gegeben haben, in welchem gezeigt wird, daß ein „Mäusefall“ es verraten hat. Genügsamermaßen war außer dem Kaiser, dem Bischof und dem Statthalter niemand Zeuge dieser Unterredung. Die D. W. hat ihre Kenntnis somit aus denselben Vorn geschöpft wie die „Sächs. Volkszeit.“ oder meine Ich Gemahlin, daß gerade der Berichtsteller der D. W. der einzige Ausenwärde ist, dem von Seiten der an der Unterredung Beteiligten eine Münze zuteil geworden ist?

Auflösung. Auch hier ist das Kölische Gebebau eingeführt und erfreut sich großer Beliebtheit. Seit Bestehen der Kapelle sind über 60 Stück bestellt worden.

Getreide- und Produktionspreise zu Bauzen am 11. Juni 1904.

Zum Markt: 2118 Sad. Weizen, weiß, auf dem Markt 17,65 bis 18,00 Mtl., an der Börse 17,50—18,00 Mtl. Weizen, gelb, Markt 16,45—17,00, Börse 17,00—17,30, Roggen, Markt 12,00 bis 12,20, Börse 12,00—12,32, Weizen, Markt 13,90—13,58, Börse 14,00 bis 14,20, Hafer, Markt 12,60—13,00, Börse 11,00—12,00, Getreide 19—21, Brot 14—17, Hirse 22—30, Getreide 31—33, Kartoffeln 5,00 bis 5,50 Mtl., je 100 kg, Butter, 1 kg 1,50—2,00, Weizenmehl, 50 kg 9,00—17,00, Roggenmehl, 50 kg 7,00—12,00, Hefen, 50 kg 2,50—2,75, Stroh, 600 kg 13—15, Kerlef, 1200 St. à St. 10—20, Weizenkleie 5,00, Roggenkleie 6,25, Weizen-Gittergries 5,00, Roggenkleie 6 Mtl., je 50 kg.

Spielplan der Theater in Dresden.

Dienstag: Norma. Anfang 1/2 Uhr.
Mittwoch: Marie, die Tochter des Regiments. Anfang 1/2 Uhr.
Dienstag: Widergesetztes Bildung. Anfang 1/2 Uhr.

Mittwoch: Herodes und Mariamne. Anfang 1/2 Uhr.
Nestorius-Theater.

Dienstag: Einquartierung. Anfang 1/2 Uhr.

Mittwoch: Roter Kompe. Anfang 1/2 Uhr.

Neutraltheater.

Dienstag: Die letzte Buchholz. Anfang 1/2 Uhr.

Theater in Leipzig.

Dienstag: Neues Theater: Martha. — Altes Theater:
Gefloßten. — Schauspielhaus: Kollegen. Hierauf: Dellermann.

— Centraltheater: Madame X.

Heiligen-Bilder

in allen Preislagen.

Heinrich Trümper

2792

Ecke Zwingerstraße 44 Dresden-A. 44 Ecke Schlossstraße
Von mir handgemalt. Höhe der Seite 60 cm.



Sofa - Spiegel

Korridor - "

Pfeiler - "

Trumeaux-Spiegel

Stühle von 36 Mk. an.

Toiletten - Spiegel

Hand - "

Ankleide - "

empfiehlt preiswert 228

Max Bäßler

Spiegel-Fabrik

Dresden-A., Blasewitzer Str. 72,

Kynthiuser-Str. 7 (Paul Jobst).

Leipziger Straße 22

Empfiehlt reichhaltiges

Gitter von nur modernen

hochgeleganten

Dame steht meine Frau zu Diensten.

Richard Münnich,

Dresden-N., Hauptstr. II.

Handarbeiten, Kästen, Kissen, etc.

Mineral-Wässer sow. alle natürl. und künstlichen Mineral-Salze zu Kuren empfiehlt

Johannes-Drogerie, Pillnitzerstr., Ecke Blochmannstr.

Leipziger Straße 22

Empfiehlt neuen reichhaltigen

Gitter von nur modernen

hochgeleganten

Dame steht meine Frau zu Diensten.

Dekorationsmaler A. E. Winkler

empfiehlt zur Ausführung von modernen Malereien

und sämtlichen in das Fach einschlagenden Arbeiten.

Spezialität: Decken- und Saaldekorationen, Holz- und

Marmor-Malereien.

Ecklerarbeiten, Kästenputz in Öl und Kalk.

Skizzen u. Kostenanschläge wird herzlichst angefertigt.

Schnelle Bedienung.

Comptoir: Palm-Strasse 6.

Aug. Paul Hilger

Manufactur- und Leinenwaren

Seminarstr. 2 BAUTZEN Seminarstr. 2

Wäsche + Trikotagen + Schürzen

Gardinen - Vitrinen-

Gardinen - Stoffe.

Leipziger Straße 22

Empfiehlt neue reichhaltige

Gitter von nur modernen

hochgeleganten

Dame steht meine Frau zu Diensten.

Albert Selbmann,

Bromadenstraße 26.

Welt, unabhängige Frau,

in Mode u. Handt. erfahre-

juchi leidet. Preisvergleichung, würde-

auch Vertrauensgeschäfte annehmen.

Offen, ev. Dresden, Kässler-

straße 6, II., rechts. 2802

Wir ersuchen, die angekündigten Firmen bei Einkäufen zu berücksichtigen und sie dabei auf dieses Blatt zu beziehen.

Druck: Saxonie-Verlagdruckerei, Berlin 1-8 Katholischen Pressevereins, Dresden, Villnöherstr. 43. — Verantwortlicher Redakteur: Philipp Bauer in Dresden.